

Die Schönheit unseres Landkreises, Kulturdenkmäler und die Natur bringen viele Menschen als Gäste zu uns. Gerade im Sinne der Naturliebhaber unter den Touristen wendet sich die AfD strikt gegen den von der Landesregierung und vom „grünen“ Minister Al-Wazir geplanten Ausbau der Windkraft und die Verwandlung der Wälder und Höhen im Main-Kinzig-Kreis in einen Industriepark. Der Ausbau von Stromtrassen für eine

grundfalsche Energiewendepolitik muss zum Vorteil der Touristen und der Menschen im Kreis verhindert werden.

Die Gründung der „Spessart Tourismus und Marketing GmbH“ als Gewerbebetrieb des Kreises und damit die weitere Ausdehnung des Staates in die Privatwirtschaft bewertet die AfD als Mittelstands- und Antikorruptionspartei negativ. Auch der beauftragte Rechtsanwalt sieht die Gründung

eines derartigen Gewerbebetriebs kritisch: In der Vorlage KA/576/2015 wird seitenweise begründet, warum im Fall des Tourismus im Kreis eine Ausnahme von der HGO nötig sei. Vorteile der kommerziellen Tourismusförderung durch eine GmbH gegenüber einer – sicher verbesserungswürdigen – Förderung durch die Kreisverwaltung sind nicht zu erkennen. Die Nachteile sind dagegen, dass mit Geschäftsführer, Beirat,

Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat Posten geschaffen werden, die alle Geld kosten. Hier werden Steuern und IHK-Beiträge vergeudet. Der Verdacht liegt nahe, dass vor allem die Klientel des Landrats versorgt werden soll.

Zum Kreis gehören Teile des Rhein-Main-Gebiets, des Spessarts, des Vogelsbergs und der Rhön. Der Name der Gesellschaft „Spessart Tourismus“ scheint also populistisch zu sein. Als Programm

verstanden, wären Städte wie Hanau, Bad Soden-Salmünster, Steinau, Gelnhausen, Langenselbold oder Schlüchtern ausgeschlossen, die die Mehrheit der Fremdenbetten im Kreis anbieten. Eine künftige Fraktion der AfD im Kreistag wird sich stark für die weitere Entwicklung des Tourismus im gesamten Kreis einsetzen, den vom Kreistag eingeschlagenen Weg allerdings sehr kritisch hinterfragen.